



Bericht der CDU Niebüll mit den Beschlüssen zur 42. Sitzung der Stadtvertretung Niebüll, am Donnerstag, Donnerstag, 26. Januar 2022, 19:00 Uhr in der Stadthalle Niebüll, Uhlebüller Straße 15 in 25899 Niebüll.

Tagesordnung

8. Zustimmung zu den Wahlen des Ortswehrführers sowie stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Niebüll-Deezbüll mit anschließender Ernennung und Vereidigung

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt gemäß § 11 Abs. 3 des Brandschutzgesetzes der Wahl des Ortswehrführers sowie des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Niebüll-Deezbüll

- a) Sönke Hansen, Hungerfennenweg 17, 25899 Niebüll zum Ortswehrführer
 - b) Felix Pfeiffer, Maisweg 4, 25899 Niebüll zum stellvertretenden Ortswehrführer
- zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Die CDU Fraktion wünschen Sönke Hansen und Felix Pfeiffer alles Gute bei ihrer Arbeit zum Wohle der Freiwilligen Feuerwehr Niebüll-Deezbüll.

9. Antrag der CDU-Fraktion: Beratung und Beschlussfassung über die Einrichtung einer Anlaufstelle/Ehrenamtsbüro im Amt Südtondern

Berichterstatter: Bernd Neumann

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt als Stadt Niebüll einen Antrag an das Amt Südtondern zu stellen, um wieder eine Anlaufstelle / Ehrenamtsbüro im Amt Südtondern einzurichten. Der Bürgermeister wird beauftragt, alles Weitere mit dem Amtsdirektor zu besprechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ja- Stimmen: 8

Nein- Stimmen: 0

Enthaltungen: 8

Beratung:

Bernd Neumann trägt den Antrag der CDU-Fraktion ausführlich vor. Er ergänzt, dass es hierzu bereits positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung gegeben hat. Die SPD-Fraktion hat zum Antrag eine Stellungnahme verlesen. Vera Rubink, SSW, sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer Anlaufstelle oder eines Ehrenamtsbüros. Sie regt hierzu an, zu prüfen, ob das Stadtmarketing diese Aufgabe mit übernehmen könnte.

Roger Hoffmann hält eine Stärkung des Ehrenamtes für sehr wichtig, aber zuerst müssten die Ehrenamtlichen für die Aufgaben gefunden werden. Er hält daher eine Anlaufstelle beim Amt für wichtiger. Reinhard Abel schließt sich dieser Meinung an. Hendrik Schwind-Hansen, SPD, stellt den Antrag, wie bereits von Andreas Esch vorgetragen, die Angelegenheit vor einem Antrag an den Amtsausschuss selbst im Ausschuss für Schule, Kultur, Soziales, Jugend und Sport (ASKSJS) zu beraten. Die Abstimmung über diesen Antrag ergibt folgendes

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 7

Nein- Stimmen: 7

Enthaltungen: 2

Somit ist der Antrag der SPD auf Verweis der Angelegenheit in den ASKSJS **abgelehnt**.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion.

10. Bürgerbeteiligung

Berichterstattung: SPD-Fraktion Niebüll

Hendrik Schwind-Hansen trägt den Beitrag der SPD-Fraktion zum Thema Bürgerbeteiligung vor. Dieser Beitrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Reinhard Abel kritisiert die Vorgehensweise der SPD-Fraktion zu diesem Thema. „Der gestrige Zeitungsartikel hätte an alle Mitglieder der Stadtvertretung verteilt werden können und die SPD hätte nichts vortragen müssen.“ Er hätte sich mehr Zusammenarbeit und mehr Gespräche mit der SPD Fraktion gewünscht.“ Weitere Wortmeldungen ergehen zum Thema Bürgerbeteiligung aus der Stadtvertretung nicht.

Stellungnahme der CDU Fraktion

Die CDU Fraktion hat bereits 2020 folgenden Antrag in die Stadtvertretung eingebracht:

„Beratung und Beschlussfassung über die Einwohnerbeteiligung bei Vorhaben und Projekten durch die Förderung des Dialogs und der Mitgestaltung“

Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen Vorhaben und Projekten der Stadt Niebüll die EinwohnerInnen frühzeitig und angemessen zu beteiligen. Art und Umfang der Beteiligung ergeben sich aus der noch zu beschließenden Richtlinie. Nach Ablauf eines Jahres findet eine erste Evaluierung der Richtlinie statt, auf deren Grundlage über ggf. notwendige Anpassungen entschieden werden kann“

Begründung/ Sachverhalt:

Die CDU Fraktion möchte bei allen Vorhaben und Projekten der Stadt Niebüll die EinwohnerInnen frühzeitig und angemessen beteiligt wissen. Darüber hinaus könnte ein Antragsrecht der EinwohnerInnen festgeschrieben werden, so dass diese die Möglichkeit erhalten, von sich aus Beteiligung zu einem Vorhaben anzuregen. Durch frühzeitige Kommunikation werden die Kompetenzen der Einwohnerinnen und Einwohner einbezogen und Verständnis für Abläufe und Entscheidungen kommunaler Planungsprozesse geschaffen. Die Zufriedenheit mit städtischen Planungen kann verbessert, Konfliktpotentiale können abgebaut werden. Art und Umfang der Beteiligung ergeben sich aus einer noch zu erstellenden Richtlinie. (*siehe beigelegtes Muster Stadt Flensburg*) Nach Ablauf eines Jahres findet eine erste Evaluierung der Richtlinie statt, auf deren Grundlage über ggf. notwendige Anpassungen entschieden werden kann. Ohne diese Richtlinie findet EinwohnerInnenbeteiligung zu verschiedenen Themen ohne ein Gesamtkonzept, weniger transparent und weniger verbindlich, statt.

Auf der Internetseite führt die Stadt Niebüll eine Vorhabenliste zur Einwohnerbeteiligung. Die Vorhabenliste dient der Information der Einwohner zur Förderung des Dialogs und der Mitgestaltung bei Vorhaben und Projekten der Stadt Niebüll. Die Vorhabenliste wird in einer aktualisierten und ergänzten Fassung als PDF- und Druckversion im Internet mit den zuständigen Ansprechpartnern zur Verfügung gestellt. Die aktuelle Liste kann später unter www.niebuell.de/vorhabenliste abgerufen werden. Zu jedem Projekt finden sich kurze Beschreibungen zur Sache und zur Form der Beteiligung von Einwohnern. Die Vorhabenliste soll eine Plattform für dauerhafte Informationen über Planungen der Stadt darstellen.

(siehe nachfolgendes Beispiel)

<https://www.flensburg.de/Politik-Verwaltung/Einwohnerinnenbeteiligung/Beteiligung>

Eine erste Vorhabenliste wird durch die Verwaltung erstellt und dem zuständigen Ausschuss vorgelegt. Ergänzend zur Liste wird für jedes Vorhaben eine kurze allgemeinverständliche

Vorhabenbeschreibung erstellt. Für einen Großteil der Vorhaben liegen bereits Beschreibungen vor. Die restlichen Beschreibungen sind in den nächsten Wochen zu ergänzen. Darüber hinaus erfolgt eine Veröffentlichung in Papierform mit einer Information über die lokalen Medien, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht auf Online-Medien zugreifen. Die Amtsverwaltung und das Rathaus stehen für EinwohnerInnen wie für Politik als zentrale Ansprechstelle für alle Fragen rund um EinwohnerInnenbeteiligung und Vorhabenliste zur Verfügung. Die Vorhabenliste ist dynamisch angelegt und soll laufend ergänzt werden. Die Aufnahme neuer Vorhaben wird durch die zuständigen Fachausschüsse beschlossen. Zwei Mal jährlich wird die gesamte Vorhabenliste der Stadtvertretung zur Information vorgelegt.

Fazit:

Somit ist das Thema Bürgerbeteiligung der CDU Fraktion in der Amtsverwaltung bereits bekannt und wird durch Amtsdirektor Dr. Wolfgang Sappert positiv begleitet.

11. Beratung und Beschlussfassung über weitere Planungen Sitzungssaal Rathaus

Berichterstatter: Udo Schmäscke

Beschluss:

1. Die Sitzungen der Stadtvertretung werden ab der Kommunalwahl 2023 bis zur Umsetzung einer Lösung an einem Standort in der Stadthalle durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Rathauskomplex einer umfänglichen Bestand- und Bedarfsanalyse zu unterziehen, ein Nutzungskonzept zu entwickeln und in Alternativen Vorschläge für die künftige Nutzung des Rathauses für Verwaltung und Selbstverwaltung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ja- Stimmen: 14

Nein- Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

Udo Schmäscke trägt den Sachverhalt und den Inhalt der Sitzungsvorlage vor:

Mit der Kommunalwahl 2023 wird die Anzahl der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter auf mindestens 23 Personen, statt bisher 19 Personen anwachsen. Dies ist nach dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz SH dadurch begründet, dass die Stadt Niebüll mit Stichtag zum 31.12.2021 mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte. Der Sitzungssaal, gebaut mit dem Rathaus 1985, ausgerichtet auf 19 Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter, erwies sich schon in der Vergangenheit u.a. wegen Ausgleichmandaten als zu klein. Die räumliche Enge führte dazu, dass eine zeitgemäße, auch den technischen Anforderungen an die heutige Zeit entsprechende Durchführung der Sitzungen nur eingeschränkt möglich war. Die Stadtvertretung tagt an 10 Sitzungsterminen im Jahr. Vor

diesem Hintergrund wird in den Fraktionen der Stadtvertretung und den Gremien der Stadt eine Diskussion hinsichtlich der Anforderungen an einen zeitgemäßen und angemessenen Sitzungsraum für die künftigen Stadtvertretungen geführt. Diskutiert werden zwei Möglichkeiten:

a) ein Erweiterungsbau am bestehenden Rathaus

b) dauerhafte Nutzung der Stadthalle

In der Sitzung der Stadtvertretung am 15.12.2022 wurde die Idee eines Erweiterungsbau durch ein Architekturbüro vorgestellt. Aufgezeigt wurde, dass eine Erweiterung technisch und räumlich möglich ist. Mit einer solchen Lösung würden Sitzungsräumlichkeiten, sowie Erschließung von Bürgermeister- und Vorzimmerbüro optimiert. Die auf der Grundlage heute aktueller Bauwerkskosten geschätzten Kosten für diese Maßnahme betragen ca. 3.000.000Euro. Für eine Umsetzung müsste zunächst ein Bebauungsplan aufgestellt werden. In der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr vom 08.08.2022 wurde vorsorglich ein Aufstellungsbeschluss gefasst. Für das Verfahren wäre ca. 1 Jahr einzuplanen. Als Bauzeit wäre, mit den aktuellen Unwägbarkeiten ca. 1,5 Jahre einzuplanen. Im optimalen Fall wären die Räumlichkeiten in der zweiten Jahreshälfte 2025 nutzbar. Darüber hinaus, aber auch unabhängig davon, müsste für den Bereich der bestehenden Nutzung eine Bedarfsaufstellung und ein Raumnutzungskonzept für künftige Entwicklungen erstellt und bewertet werden. Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2023 wurde kurz über die Stadthalle als dauerhafte Sitzungsraumlichkeit für die Stadtvertretung gesprochen. Die Stadthalle ist zentraler Veranstaltungsort der Stadt Niebüll, wurde 2021/ 2022 energetisch und räumlich saniert. Für eine dauerhafte Nutzung für die Sitzungen der Stadtvertretung müsste eine neue Bestuhlung angeschafft und in Medien- und Präsentationstechnik investiert werden. Die auf der Grundlage heute aktueller Ausstattungskosten geschätzten Kosten hierfür für diese Maßnahmen betragen ca. 450.000 Euro. Die Stadthalle ist als Versammlungsstätte genehmigt. Die Sitzungen der Stadtvertretung könnten nach der Kommunalwahl sofort dauerhaft in der Stadthalle durchgeführt werden. Parallel dazu könnten 2023 die im Absatz zuvor genannten Maßnahmen durchgeführt werden. Andreas Esch von der SPD-Fraktion beginnt mit einem Wortbeitrag, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Robert Zimmermann merkt an, dass ihn das Wort „dauerhaft“ im Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage stört. Er hält die Stadthalle als Sitzungsort für die Stadtvertretung für ungeeignet. Aus seiner Sicht könnte bereits jetzt über neues Mobiliar nachgedacht und dieses auch beschafft werden. Egal für welche Lösungsmöglichkeit die Entscheidung fällt, wird auf jeden Fall neues Mobiliar erforderlich.

Bürgermeister Thomas Uerschels ergänzt, dass es bei dieser Diskussion nicht nur um einen möglichen Sitzungssaalanbau geht. Auch alle anderen Rahmenbedingungen und die Raumbedarfe aller Rathausnutzer müssen passen. So sieht er z. B. die Vertraulichkeit in der Stadthalle als schwierig, bzw. nicht gegeben an. Er schlägt daher vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, verschiedene Lösungsmöglichkeiten für die weiteren Beratungen aufzuzeigen. Peter Schumann spricht sich für ein Rathaus mit einem Sitzungssaal in der Innenstadt aus. Der Sitzungssaal ist ein Mittelpunkt. Für die weiteren Entscheidungen sollte eine Pro- und Contra-Liste erstellt werden. **Bernd Neumann erklärt für die CDU-Fraktion, dass sich diese dem Vorschlag von Udo Schmäscke anschließen kann, aber auch die Aussage von Peter Schumann mitträgt.** Udo Schmäscke merkt noch einmal an, dass bei einer umfassenden Betrachtung der künftigen Bedarfe im Rathaus sämtliche bisher angestellten Überlegungen „auf Null zustellen“ wären. Nur so könnten alle potentiellen Möglichkeiten zur künftigen Nutzung abgewogen werden. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Bernd Neumann

CDU Fraktionsvorsitzender